geringsten staatlichen Eingriffen, staatliche Lenkung und Beaufsichtigung der Produktion und des Vertriebs von Sachgütern, jedoch weiterhin Erstreckung der staatlichen Maßnahmen auf die Gesamtwirtschaft unter mindestens teilweiser Einschaltung staatlicher Betriebe, gleichzeitiger Fortexistenz und Beteiligung der Privatunternehmer, aber unter starker Einschränkung ihrer Initiative sowohl in bezug auf die Wahl der Rohstoffe als auch hinsichtlich der Produktion, des Lieferanten und des Abnehmers. Planwirtschaft bedeute dagegen zwar auch staatlich gelenkte und kontrollierte Wirtschaft, aber sie beziehe sich auf alle Produktionen und Handelszweige und habe das Bestehen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zur Voraussetzung. Da diese in der SBZ zwar angestrebt, aber noch nicht erreicht sei, bestände dort nur Wirtschaftsplanung, aber noch nicht Planwirtschaft. Vor allem gäbe es, wenn auch nur in engen Grenzen, private Initiative, die in Art. 20 der Verfassung ausdrücklich gewährleistet sei⁴.

Die private Initiative ist indessen bereits so weitgehend eingeschränkt (-> Erl. zu Art. 20), daß sie in der Wirtschaft der SBZ nur noch eine unbedeutende Rolle spielen kann. Samson meint, die Wirtschaftsplanung entwickle sich immer schneller zur Planwirtschaft. Meines Erachtens hat diese Entwicklung indessen bereits dazu geführt, daß die Wirtschaft der SBZ jetzt schon unbedenklich als Planwirtschaft bezeichnet werden kann, auch wenn die »sozialistische Umwälzung der Gesellschaft«, wie es in der Präambel zum Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates⁵ heißt, noch nicht bis zur letzten Konsequenz beendet ist. Auf jeden Fall wird die Wirtschaft der SBZ »straff zentral geplant und geleitet«, wie es ebenfalls in der Präambel heißt. Die Planung läßt keinen Sektor aus. Im § 1 Abs. 1 des Gesetzbuches der Arbeit⁶ wird das ökonomische System der SBZ als »Planwirtschaft« bezeichnet.

c) Wendet man die von Eucken dargestellten Idealtypen von Wirtschaftsformen⁷ auf die SBZ an, so ist sie als »Zentralverwaltungswirtschaft mit beschränkt freier Konsumwahl und Arbeitsplatzwahl« zu bezeichnen⁸. Die Planung erfaßt den Konsum nicht total. Grundsätzlich bleibt die Freiheit der Auswahl bestehen. Jedoch wird die Wahl durch die bewußte Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie (->■ Erl. 2 zu Art. 19) eingeschränkt. Außerdem wird der Verbrauch durch die Preis- und Steuer-

4 Samson, Die Grundzüge des mitteldeutschen Wirtschaftsrechts, 1960, S. 38

5 vom 11. 2. 1958 (GBl. I S. 117)

6 vom 12. 4. 1961 (GBl. I S. 27)

7 Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Auflage, 1950, S. 79 ff.

Hensel, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, 1954

8 Kitsche, Das Steuerrecht in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 1960, S. 4